

Die „Weiserich-Zeitung“ erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Preis vierteljährlich 1 M. 25 Pfg., zweimonatlich 84 Pfg., einmonatlich 42 Pfg. Einzelne Nummern 10 Pfg. — Alle Postanstalten, Postboten, sowie die Agenten nehmen Bestellungen an.

Weiserich-Zeitung.

Anzeiger für Dippoldiswalde und Umgegend.

Amtsblatt für die königliche Amtshauptmannschaft, das königliche Amtsgericht und den Stadtrath zu Dippoldiswalde.

Verantwortlicher Redacteur: Paul Jehne in Dippoldiswalde.

Mit achtseitigem „Illustrirten Unterhaltungsblatt“.

Mit land- und hauswirthschaftlicher Monatsbeilage.

Nr. 17.

Donnerstag, den 13. Februar 1896.

62. Jahrgang.

Au das sächsische Volk

richtet die für die Wahlgesetzvorlage eintretende Mehrheit der Zweiten Kammer folgende Erklärung:

„Die von der Regierung im Einverständnis mit den Mehrheitsparteien der Ständekammern beabsichtigte Abänderung des bestehenden Wahlrechts wird von den Anhängern der Umsturzpartei dazu benutzt, um unter dem Vorwande, als werde bei dieser Wahlreform eine „Entrechtung des Volkes“ geplant, die gedachte Maßnahme zu verächtigen und die Volksleidenschaften gegen Regierung und Stände in unverantwortlicher Weise aufzukacheln. Folgendes der wahre Sachverhalt: Die Vertreter der sozialdemokratischen Partei in der Zweiten Kammer haben bei dieser unter dem 15. November v. J. einen Antrag eingebracht, gemäß dessen das bestehende Wahlrecht für die Zweite Kammer beseitigt und ein allgemeines, auch auf die Frauen und auf Personen unter 25 Jahren sich erstreckendes Wahlrecht eingeführt werden soll. Es ist den Vertretern dieser Partei also nicht genug, daß die sozialdemokratische Partei, während sie bis vor wenigen Jahren noch in keinem Volksvertretungskörper eines deutschen Staates einen Vertreter hatte, in der sächsischen Zweiten Kammer schon seit Jahren deren 14 hat, die, ihren Grundsätzen getreu, der Regierung und den Ständen eine gezielte Ausübung ihrer Zuständigkeiten und Pflichten schon jetzt nach Kräften erschweren. Es ist ihnen nicht genug, daß die sozialdemokratische Partei, falls sie in gleicher Weise fortwächst wie bisher, aller Annahme nach schon bei den nächsten Wahlen sich erheblich verstärkt haben würde. Es ist ihnen nicht genug, daß die sozialdemokratische Partei unter der gleichen Voraussetzung in absehbarer Zeit die ausschlaggebende Partei in der Zweiten Kammer sein würde. Die sozialdemokratische Partei will diesen Zeitpunkt noch beschleunigen, will durch die Beseitigung des bestehenden Wahlrechts und Einführung eines Wahlrechts der Waffen die Macht schon jetzt an sich reißen und den von ihrem berufenen Vertreter, dem Abgeordneten Bebel, auf dem Parteitage zu Breslau unter lautem und allgemeinem Beifall der Gefinnungsgeoffenen gehaltenen Ausspruch: „Haben wir eines Tages die Macht, unsere Forderungen rücksichtslos durchzuführen, so machen wir mit den bisherigen Eigentümern kurzen Prozeß!“ zur Wahrheit machen, will als sozialrevolutionäre Partei alles Bestehende vernichten und an Stelle der Freiheit und der Ordnung die Anarchie setzen, die alsbald einer Gewalt- und Schreckensherrschaft Platz machen müßte. Dagegen unser innigstgeliebtes Vaterland, dagegen Staat und Gesellschaft zu schützen, war unser Recht, ist unsere heilige Pflicht! Das aber konnten wir nur, indem wir, die Angegriffenen, den hingeworfenen Fehdehandschuh aufhoben und dem Vornehmen der Umsturzpartei mit dem Antrage entgegentraten, das bestehende Wahlrecht zwar abzuändern, aber in dem Sinne, daß der Durchbruch der Dämme von Ordnung und Recht in dem einzuführenden Wahlrecht eine Schutzwehr entgegengesetzt wird. Wie wir aber unsererseits wahrscheinlich schon jetzt auf eine Aenderung des Wahlrechts nicht zugestimmt sein würden, wenn wir nicht durch jenen Antrag der Umsturzpartei von neuem und eindringlich auf die in nächster Nähe drohende Gefahr aufmerksam gemacht und herausgefordert worden wären, so liegt es uns auch durchaus fern, durch die beabsichtigte Aenderung des Wahlrechts das „Volk zu entrechteten“. Mitbürger, alles, was in dieser Beziehung von den gegnerischen Agitatoren ausgekreut wird, ist Unwahrheit!

Es ist eine Unwahrheit, daß Jemandem das Wahlrecht entzogen werden soll. Im Gegentheil, das Wahlrecht soll künftig erweitert werden und zwar dadurch erweitert werden, daß nicht wie jetzt nur derjenige wählen darf, der mindestens 3 M. direkte Staatssteuern zahlt, sondern jeder Steuerzahler stimmberechtigt ein soll.

Es ist eine Unwahrheit, wenn dem Volke glauben gemacht wird, es solle mit dem neuen Wahlrecht eine „Vorherrschaft des Geldsacks“ eingeführt werden. Nicht die Reichen werden in Zukunft bei den Wahlen den Ausschlag geben, sondern der Mittelstand, die Handwerker, die Gutsbesitzer, die Arbeiterbeamten u. s. w.

Eine Unwahrheit ist es selbst, wenn behauptet wird, daß künftig die Zweite Kammer so zusammengesetzt sein werde, daß ein freies Wort, daß eine Opposition nicht mehr möglich sei. Es ist das so wenig wahr, daß auch nach dem neuen Wahlgesetz aller Voraussatzung nach selbst die Wahl von sozialdemokratischen Vertretern keineswegs ausgeschlossen, sondern in verschiedenen Bezirken wahrscheinlich ist. Nur der Bildung einer Mehrheit der Umsturzpartei in der Kammer soll durch das mittelbare Wahlrecht vorgebeugt werden.

Eine Unwahrheit ist es endlich, daß die beabsichtigte Wahlreform eine Maßnahme der Reaktion sei und den Fortschritt hemmen werde. Auch mit dem neuen Wahlrecht, das ein allgemeines und geheimes sein wird, wird Sachsen in Bezug auf die freiheitliche Einrichtung seines Wahlrechts hinter keinem deutschen Staate zurückbleiben.

Mitbürger, laßt Euch also nicht irre machen! Glaubt nicht den Ausstreunungen jener, denen das Wahlrecht nur ein Mittel zum Umsturz und einer Vernichtung des Staates ist, vertraut nicht jenen, die sich offen als „revolutionäre Partei“ bezeichnen, vertraut vielmehr der Regierung, die stets noch Euer Bestes gewollt hat, vertraut uns, Euren gewählten Vertretern, denen es gleich ernst mit der Wahrung der Volksrechte, die auch unsere Rechte sind, wie mit der Wahrung der Rechte des Staats ist! An alle vaterlandliebenden Bürger, besonders aber auch an die wohlgesinnte Presse richten wir daher das eindringliche Ersuchen, ihrerseits dadurch an dem begonnenen Werke mitzuhelfen, daß sie der Irreführung und Fälschung der öffentlichen Meinung, die gegenwärtig durch ebenso fanatische, wie gewissenlose Agitatoren betrieben wird, nachdrücklich entgegenzutreten und mit uns das Volk darüber aufklären, daß die beabsichtigte Aenderung des Wahlrechts, weit entfernt eine Volksentrechtung oder ein Rückschritt zu sein, lediglich eine notwendige Abwehrmaßregel gegen den immer drohender sein Haupt ergebenden Umsturz bildet, dazu bestimmt, wahre Freiheit und wahren Fortschritt zu sichern“.

Lokales und Sächsisches.

Dippoldiswalde. Für die diesjährige Faschingszeit hatte am vergangenen Dienstag Herr Belger, der neue Besitzer der „Reichskrone“, einen öffentlichen Maskenball angelegt. Der von der kunstgeübten Hand des Herrn Gärtner Philipp mit grünem Reifig geschmückte, von lauschigen Lauben umgebene Ballsaal füllte sich um die festgesetzte Stunde gar bald mit allerlei Masken, theils Charakterpersonen oder Volkstrachten darstellend, theils auch in Phantasiekostüme gekleidet, die sich bei den ununterbrochenen Klängen der Stadtkapelle im Saale bunt durch einander bewegten. Ritter, die bald ihr Edelsträulein gefunden. Soldaten mit dem nöthigen weiblichen Anhängsel und Mönche, die es mit dem Glöckel nicht sehr streng zu halten schienen, langweilige Engländer und spähstige Parletins, die sich einen Schornsteinfeger zum Anführer erwählt hatten, ein alter sächsischer Postillon, alle tollten durcheinander und warteten im Schweife ihres Angesichts der Stunde der Demaskierung, die manche heitere Erkennungsscene darbot und nach welcher die Festtheilnehmer mit offenem Bistier sich weiter dem Vergnügen hingaben.

Am 9. Februar waren im Bahnhofhotel die Vertrauensmänner des Bundes der Landwirthe aus 18 Gemeinden des Bezirks versammelt, um sich über Verschiedenes zu besprechen, unter anderem über eine in

nächster Zeit hier stattfindende allgemeine Versammlung der Bundesmitglieder.

Die für ihre Mitglieder segensreich wirkende hiesige zweite Begräbnisgesellschaft, zur Zeit unter dem Vorsitz des Herrn Schuhmachermeisters Lohse stehend, kann mit Befriedigung auf ihr letztes Vereinsjahr zurückblicken. Zunächst erhöhte sich die Mitgliederzahl von 230 auf 240, das Vermögen aber von 2042 auf 2148 Mark. Die bisher 50 Mark betragende Begräbnisunterstützung konnte man auf 55 Mark erhöhen. Im verflohenen Jahre wurde erstere an die Hinterlassenen von 13 Verstorbenen ausgezahlt. Daneben besteht aber auch noch eine Krankenkasse, welche von der Begräbnisgesellschaft gesondert, eine wöchentliche Unterstützung von 1,50 Mark gewährt und ebenfalls über ein Vermögen von 774 Mark verfügt.

Für rechtzeitiges Erscheinen am Brandplatz und erfolgreiche Löschtätigkeit gelegentlich des Schuppenbrandes beim Hausbesitzer und Schneidermeister Fröhliche in Kreischa, am 13. Dezember vor. Jahres, hat die königl. Brandversicherungskammer der Spritze der Gemeinde Gombfen 30 M., sowie der Spritze der Gemeinde Lungwitz 25 M. Prämien bewilligt.

Im bevorstehenden Sommer soll bei der Postagentur in Hengersdorf (Bezirk Dresden) eine Telegraphenanstalt eingerichtet werden, zu deren Anschluß an das Reichstelegraphennetz Gemeindegewege in den Fluren von Schmiedeberg, Raundorf, Sabisdorf und Hengersdorf zu benutzen sind. Mit der Auskundung der neuen Linie hat der Kaiserl. Ober-Postdirektor Herr Postinspektor Spott in Dresden beauftragt, welcher die örtlichen Feststellungen noch im Laufe des Dts. vornehmen wird.

Grenze Moldau. Auch in hiesigen Forsten werden vielfach berechnete Klagen über diesjährige Wind- und Schneebrüche laut. So hat das Rehesfelder Revier in den Abtheilungen 62, 40, 43 und 34 besonders stark gelitten. Nach oberflächlicher Schätzung dürfte daselbst der Schaden zusammen über 2000 Festermetr betragen.

Dresden. In der Sitzung am 10. Febr. erteilte die Zweite Kammer nach dem Antrage der Rechenschaftsdeputation ohne Debatte der königl. Staatsregierung wegen Verwaltung der Staatsfinanzen in den Jahren 1892 und 1893 zu den Kapiteln 1—21 des betreffenden Rechenschaftsberichts Entlastung und ließ sodann ebenfalls ohne Debatte die Petition und Beschwerde des Oswald Berger in Thalheim i. G. auf sich beruhen.

Die Erste Kammer bewilligte am 11. Febr. auf Antrag der zweiten Deputation die Kap. 73 bis mit 87, mit Ausnahme des Kap. 77a des Staatshaushaltsetats auf die Periode 1896/97, das Departement der Finanzen nebst unmittelbaren Dependenz betreffend. Zu Kap. 75 regte Graf Rey-Jedlitz die Erneuerung der sog. „Picardie“ im königl. Großen Garten an. Staatsminister v. Bagdof stellte die Erfüllung dieses Wunsches für spätere Zeit in Aussicht. Zu Kap. 76, Forstakademie zu Tharandt, beglückwünschte Major v. Wiedeback die Regierung wegen der Erhaltung dieser weltberühmten Hochschule. Zu Kap. 79 regte Bede-Wiesla die Erhöhung des Titels 21 zum Zwecke der Vermehrung der Straßen an. Zu Kap. 80, Hochbauverwaltung, wünschte Bürgermeister Bed eine Decentralisation derselben. Staatsminister v. Bagdof erklärte, daß zunächst dieser Frage auch aus Mangel an technischen Kräften nicht näher getreten werden könne. Hierauf gelangte der Antrag der vierten Deputation, die Petition des Stadtschreibers Otto Scheibe in Kiesa für seinen Müdel, den vormaligen Staatsbahninspizor Karl Friedrich Dathe daselbst, um nachträgliche Gewährung von Pension, der königl. Staatsregierung zur Berücksichtigung zu überweisen, zur Verathung. v. Crüschler beantragte, die Petition zur Kenntnisaahme zu überweisen, und wurde hierin unterstützt durch Staatsminister v. Bagdof und Staatsminister a. D. v.

Inserate, welche bei der bedeutenden Auflage des Blattes eine sehr wirksame Verbreitung finden, werden mit 10 Pfg. die Spaltenzeile oder deren Raum berechnet. — Tabellarische und complicate Inserate mit entsprechendem Aufschlag. — Eingekandt, im redaktionellen Theile, die Spaltenzeile 20 Pfg.